

19.04.2008

"NRW ist die Nr. 1 bei der Wohnungsbauförderung"

Rede zur Aktuellen Stunde

Christof Rasche
stellvertretender Vorsitzender
und wohnungsbaupolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion NRW

- es gilt das gesprochene Wort -

"Als ich die wohnungsbaupolitischen Initiativen der SPD-Fraktion in den letzten Tagen vernahm, habe ich zunächst an einen Aprilscherz gedacht. Doch der 1. April ist längst vorbei. Wenn es kein Aprilscherz ist, wie können wir die Wohnungsbaupolitik der SPD dann bezeichnen? Hilflos und kopflos, mit sachlicher Politik hat das jedenfalls nichts zu tun.

Die SPD hat Anfang der Woche verkündet, sie erwarte Slums in Nordrhein-Westfalen. Haben Sie sich die Slums dieser Welt schon einmal angeschaut? Sie können ihre Aussage doch nicht ernst meinen. Halten Sie die Bürger für dumm, oder schüren sie bewusst Ängste um für Unsicherheit zu sorgen, von der die SPD profitieren soll? Mit dieser Strategie wird die SPD keinen Erfolg haben, der Wohnungsbau und die Interessen der Mieter scheinen sie offensichtlich nicht ernsthaft zu interessieren.

Zur Lösung von Problemen, auf die ich gleich noch zu sprechen komme, fordert die SPD eine Stiftung. Dabei haben wir eine gut arbeitende Wohnungsbauförderungsanstalt. Haben Sie das Vertrauen in die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der WFA verloren? Bisher habe ich von ihren Vorwürfen gegen die WFA nichts gehört. Oder liegt es gar nicht an der WFA, wollen sie einfach mal wieder Doppelzuständigkeiten aufbauen? Die verursachen zwar zusätzliche Kosten und blockieren sich gegenseitig, sind aber typische SPD Politik. Eine Stiftung für Nachbarschaftstreffs und Mietergärten, sind nicht das was die Mieterinnen und Mieter vorrangig benötigen. Den Menschen geht es um Sicherheit, sie haben Angst dass sie in Zukunft ihre Warmmiete nicht bezahlen können.

Im Antrag zur Aktuellen Stunde stellt die SPD das Motto "Privat vor Staat" an den Pranger. Was "Staat vor Privat" bedeutet, das sehen wir deutlich beim Handeln der Bundesregierung: Steuererhöhungen. Kein Wähler hat die Mehrwertsteuererhöhung vergessen, die Wahllüge der SPD. Natürlich belastet die Politik der SPD in der großen Koalition insbesondere den "kleinen Mann". Mit der FDP hätte es eine solche Steuererhöhung niemals gegeben.

Unsere Koalition hat seit der Regierungsübernahme zahlreiche bürokratische Hindernisse im Bereich der Wohnungsbaupolitik abgebaut - dazu zählen unter anderem die Abschaffung der Fehlbelegungsabgabe sowie der Zweckentfremdungs- und Kündigungssperrfristverordnung. Minister Wittke hat sich zudem für die Erhöhung des Wohngeldes eingesetzt. Das war kein Antrag der SPD. Dieser Einsatz für den "kleinen Mann" kam von CDU und FDP.

Nordrhein-Westfalen steht vor großen Herausforderungen in der Haushaltspolitik, SPD und Grüne haben einen gewaltigen Berg an Schulden hinterlassen. Natürlich muss auch der Wohnungsbaubereich seinen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten. Wir nutzen Spielräume aus, ohne die Wohnraumförderung zu vernachlässigen. Nordrhein-Westfalen steht auch vor großen Herausforderungen in der Wohnungsbaupolitik. Um zielgenau vorgehen zu können, hat das Ministerium das umfangreiche Pestelgutachten in Auftrag gegeben. Keine Initiative der SPD. An der Rheinschiene und in einigen Studentenstädten wird es enger mit dem Wohnraum, im ländlichen Raum ist der demographische Wandel die größere Herausforderung. Es ist gut wenn sich der Bundesverband der freien Immobilien- und Wohnungsunternehmen sowie der Deutsche Mieterbund gemeinsam mit der Landesregierung dieser Herausforderung stellen. Die Landesregierung und die Koalition haben ihre Förderprogramme insbesondere auf die Einkommensschwächeren ausgerichtet, das ist ihnen bekannt. Die Förderinstrumente sind zudem ausgerichtet auf den demographischen Wandel, auf mehr Klimaeffizienz und gegen das Ausbluten der Großstädte.

Im Jahre 2005, dem letzten Jahr unter Rot-Grün, wurden aus dem Wohnungsbauförderprogramm 4.800 Mietwohnungen gefördert, in diesem Jahr können bis zu 4.700 Mietwohnungen gefördert werden. Das ist kein gravierender Unterschied. Und es ist schon überhaupt kein Grund für die SPD, sich dermaßen aufzuspielen. Die SPD schürt Ängste und verunsichert die Bevölkerung.

Kommen wir zur Wahrheit. In der Wohnraumförderung liegt Nordrhein-Westfalen im Ländervergleich an der Spitze. Kein einziger begründeter Förderantrag wird in Nordrhein-Westfalen abgelehnt. Wir werden gemeinsam mit der CDU diese erfolgreiche Politik fortsetzen, für alle Schichten in diesem Land, insbesondere für die Schwächeren."

